

Aktuell liegt der Ausländeranteil in der Schweiz bei rund 25%. Im Kanton Basel-Stadt erreicht dieser sogar über 35,4% der gesamten Wohnbevölkerung (ohne Eingebürgerte mit Migrationshintergrund). Diese Vielfalt stellt für die Schweiz zwar eine Bereicherung dar, ist jedoch auch mit erheblichen Herausforderungen verbunden. Denn um den demografischen Wandel hin zu einer säkularen, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft weiterhin erfolgreich zu gestalten, stellt die Förderung einer bedarfsgerechten, umfassenden Integrationspolitik eine unabdingbare Voraussetzung für den Zusammenhalt im Grossen und im Kleinen dar. Politische Partizipation ist von grosser Bedeutung für die Integration von Menschen ohne Schweizer Bürgerrecht: Zum einen fördert die Auseinandersetzung mit spezifischen gesellschaftlichen Themen das Zugehörigkeitsgefühl sowie das Bewusstsein für die Pflichten als Bewohnerinnen und Bewohner eines Landes, kann die Sprachkompetenzen fördern und der Bildung von Parallelgesellschaften sowie religiösem Extremismus entgegenwirken.

Um die stetig wachsende Zahl von nicht-eingebürgerten Bewohnerinnen und Bewohnern Basels in die lokalen Meinungs- und Willensbildungsprozesse besser einzubinden, möchten es die Unterzeichnerinnen diesem Personenkreis ermöglichen, das Stimm- und aktive Wahlrecht (nicht: das passive Wahlrecht) auf kantonaler Ebene (nicht: auf kommunaler Ebene) auf schriftlichen Antrag hin zu erhalten, sofern folgende Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind:

1. Sie verfügen nachweislich über die notwendigen Sprachkompetenzen in Deutsch, um die Wahl- und Abstimmungsunterlagen selbständig zu verstehen und sich hierüber mündlich und schriftlich auszudrücken
2. Sie verfügen seit mindestens 10 Jahren über einen rechtmässigen Aufenthaltsstatus in der Schweiz
3. Sie haben seit mindestens 10 Jahren ununterbrochen den gemeldeten Wohnsitz in der Schweiz und davon mindestens die letzten 5 Jahre im Kanton Basel-Stadt
4. Sie haben keinen Zweitwohnsitz im Ausland
5. Sie sind ihrer Steuerpflicht in den letzten 5 Jahren ununterbrochen nachgekommen
6. Sie sind weder im Ausland noch im Inland in den letzten 10 Jahren zu einer unbedingten Freiheitsstrafe rechtskräftig verurteilt worden. Bei Verurteilungen im Ausland ist massgeblich, ob der betr. Straftatbestand auch in der Schweiz mit einer unbedingten Freiheitsstrafe belegt wäre.

Bei Wegfall einer oder mehrere dieser Voraussetzungen ist das Stimm- und passive Wahlrecht von Amtes wegen zu entziehen und kann frühestens nach Ablauf von 5 Jahren auf schriftliches Gesuch hin wieder erteilt werden.

Nach Ablauf von 5 Jahren seit der Erteilung des Stimmrechts sind die betreffenden Personen von Amtes wegen anzufragen, ob sie sich einbürgern lassen wollen oder nicht. Diese Anfrage ist alle 5 Jahre zu wiederholen.

Die Unterzeichnerinnen bitten die Regierung zu prüfen, welche gesetzlichen Grundlagen wie angepasst werden müssen und wie die Inkraftsetzung dieser Änderungen rechtzeitig zu den Kantonalen Wahlen 2024 realisiert werden kann.

Andrea Elisabeth Knellwolf, Beatrice Isler